

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Thüringisches
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Bornstedt-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlegenheit der Kompromißparteien.

Everling verteidigt das Kompromiß gegen Einwände der Thüringer Regierung. Neue Lücken im Fürstenkompromiß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags... Der thüringische Minister erklärte nochmals für die thüringische Regierung...

In die Auseinandersetzung... Abg. Neubauer (Komm.) erhob gegen diesen Vorschlag Einspruch...

Minister Kluchner erklärte für die thüringische Regierung... Abg. v. Röstgen (Dem.) erklärte, daß er nunmehr, nachdem sich herausgestellt hat...

Es ist zu befürchten, daß für Thüringen Schwierigkeiten entstehen könnten... Der bayerische Vertreter, Dr. Quast, erwiderte darauf...

Genosse Rosenfeld

erklärte, daß auch seine Freunde die größten Bedenken hätten gegen diese Bestimmung... Abg. Wunderlich für die Volkspartei und Schulte für das Zentrum...

Zweifel in Paris.

Frankzösische Kommentare zum Berliner Vertrag. Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl der Wortlaut des deutsch-russischen Vertrages...

Die Kommentare der Morgenblätter... Auch der linksstehende „Quotidien“ zweifelt stark daran, daß die Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages...

Der neue deutsch-russische Vertrag... Der neue deutsch-russische Vertrag scheint formell nicht im Widerspruch mit dem Wortlaut des Vertrages von Locarno...

ein Schloß an sich ziehe, das doch höchstens Bayern gehören könne...

Der thüringische Minister erklärte nochmals für die thüringische Regierung, daß sie dem Vorschlag nicht zustimmen könne...

Abg. Everling verteidigt nunmehr den Vorschlag der Kompromißparteien...

Genosse Rosenfeld konstatiert, daß jetzt zum erstenmal sogar der Abg. Everling als Vertreter des Kompromisses auftritt...

Abg. v. Röstgen (Dem.) erklärte, daß er nunmehr, nachdem sich herausgestellt hat...

Abg. Schulte beantragt nunmehr, die Abstimmung auszuweichen. Dies wird von den bürgerlichen Parteien bestritten...

Der Rechtsausschuß wendet sich alsdann den Beratungen des § 5 zu, in welchem bestimmte Vorschriften dafür gegeben werden...

Graf Meerwald erklärt für die Deutschnationalen, daß diese Bestimmung ganz überflüssig sei. Das Recht müsse freie Hand haben...

Genosse Rosenfeld tritt diesen Ausführungen entgegen, indem er darauf hinweist...

Gerade deshalb seien ja die neuen Formulierungen für bestimmte Vorschriften vorgeschlagen...

Die Vertreter der Kompromißparteien lehnten die sozialdemokratischen Vorschläge ab. Der Reichsaussenminister Marx erklärte unsere Anträge für überflüssig...

Alle sozialdemokratischen Anträge werden von allen bürgerlichen Parteien gegen unsere Stimmen bei Stimmhaltung der Kommunisten abgelehnt.

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Genosse Rosenfeld erklärte nunmehr, daß nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge seine Freunde gegen den ganzen Paragraphen stimmen würden...

Das Budgetrecht.

Haushaltsrechnung und Vorausschlag.

Im Gegensatz zum englischen Parlament hat der Deutsche Reichstag der Wahrnehmung seines Budgetrechts bisher nicht die peinliche Beachtung zugewendet...

Nicht nur in der Nachkriegszeit, wo das Reichsparlament vor eine Fülle sich überstürzender neuer und schwieriger Aufgaben gestellt war, sondern auch in den ruhigen Zeiten vor dem Kriege war es Jahre hindurch nicht gelungen...

Der Deutsche Reichstag erhält ungefähr nach Jahresfrist die Rechnungslegung für das abgelaufene Etatsjahr. Für 1924 ist sie dem Reichstag in einem 409 Seiten starken Quartband vor kurzem zugegangen...

Alle Ueberschreitungen müssen in der Reichshaushaltsrechnung in einzelnen nachgewiesen und begründet werden. Als Begründung finden sich in Dutzenden von Fällen ganz allgemein gehaltene, inhaltsleere Redewendungen...

Leider ist bei unseren Parteiverhältnissen der Reichstag nicht einheitlich von dem Bestreben erfüllt, seine Rechte gegenüber der Bureaucratie hochzuhalten...

Neuerdings ist in die Reihe der Gegner des Budgetrechtes des Reichstags auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eingetreten...

„Auch wir werden meiner Ueberzeugung nach zu der in England befolgten Praxis kommen müssen, daß Erhöhungsbefehle irgend eines Ausschusses nur im Benehmen mit der Regierung...

pflichtungen, die Deutschland als zukünftiges Mitglied des Völkerbundes... Das „Deuore“ hingegen ist der Meinung, daß an dem deutsch-russischen Vertrag nichts zu beanstanden sei...

Das amerikanische Echo.

New York, 27. April. (ZU.) Hier wird vielfach die Auffassung vertreten, daß der Berliner Vertrag von einschneidender, wirtschaftlicher Bedeutung sei und auch Amerika erheblich berühre...

Ein neuer Riesenstempel in Budapest.

Das Panama der Seerechtsverwaltung.

Budapest, 27. April. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau teilt mit: Eine militärische und polizeiliche Untersuchung der Militärverwaltung hat ergeben...

Faschisten im Regen. Auf dem Komplatz von Mailand harrierte Stundenlang im Regen eine Faschistenmenge auf Mussolini...



## Das Gemeindebestimmungsrecht.

### Verhandlungen im Reichshaushaltsausschuss.

Unter starker Beteiligung von Abgeordneten, aber schwacher Anwesenheit von Regierungsvertretern begannen am Dienstag vormittag im Reichshaushaltsausschuss die Verhandlungen über die zur Frage des Gemeindebestimmungsrechtes (G.B.R.) gestellten Anträge. Die Debatte wurde eröffnet durch den

#### Genossen Sollmann.

der zunächst durch Verlesung von Zitaten die maßlosen Uebertreibungen der Gegner des G.B.R. schilderte. Man wolle die Bevölkerung glauben machen, daß das G.B.R. dem kleinen Mann sein Glaschen Bier und seine Pfeife rauben werde und daß die Einführung des G.B.R. die Trockenlegung Deutschlands bedeute.

Genosse Sollmann wies darauf hin, daß in dem dem Reichstag 1923 unterbreiteten Entwurf eines Schankstättengesetzes das G.B.R. zum ersten Male in Deutschland genauer umschrieben worden ist. Der Vater dieses Gesetzes sei der derzeitige völksparteile Minister Dr. Becker-Heffen, und es sei doch geradezu ein Wahnsinn anzunehmen, daß derselbe Dr. Becker, der sich noch in der letzten Zeit als einer der eifrigsten Freunde der Winger betätigt habe, mit seinem Gesetzentwurf Deutschland habe trocken legen wollen. Der Becker'sche Entwurf sei im Reichsrat genehmigt worden, nicht einmal das trinkfrohe Bayern habe dagegen gestimmt. Auch im Reichswirtschaftsrat seien keine Bedenken gegen den Entwurf erhoben worden.

Jetzt, nach dreijähriger Agitation des interessierten Kapitals, werde mit einem Male das G.B.R. als etwas Fürchterliches hingestellt.

Er müsse den Häßlichen Widerspruch dagegen erheben, daß das G.B.R. und die Trockenlegung Deutschlands als ein- und dasselbe hingestellt würden.

Das G.B.R. könne auf die verschiedensten Arten ausgestaltet werden. Eine Umschreibung dieses Rechtes, wie er es sich denke, sich Genosse Sollmann verteilen. Sein Vorschlag schließt zum Beispiel eine Trockenlegung aus. So falsch es sei, wenn man vom Wahlrecht spreche, darunter nur ein System zu verstehen, so falsch sei es auch, das G.B.R. und die Trockenlegung gleichzusetzen. Ueber die Zunahme des Alkoholismus führte Genosse Sollmann längere Zahlenreihen an. Hier seien nur folgende erwähnt:

Es kam Bier auf den Kopf der Bevölkerung: 1913 103 Liter, 1920 34 Liter, 1924 61 Liter, 1925 74 Liter. Die Vorkriegshöhe wird also bald wieder erreicht sein. Der Schnapsverbrauch besitzerte sich 1913/14 auf 2,6 Liter, 1918/19 0,2, 1923/24 0,6, 1924/25 0,9 Liter. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Millionen Liter Schnaps von der Statistik nicht erfaßt werden (Spritweber, Schwarzbränner, Schmuggel usw.). In Stettin, in der Altstadt, kamen auf 2152 Wohnungen 11 Bäder, 6 Fleischer, 3 Milchgeschäfte und 100 Wirtschaften. In einem anderen Stadtteil auf 2266 Wohnungen 10 Bäder, 6 Fleischer, 3 Milchgeschäfte und 54 Wirtschaften. In Berlin waren trotz der vielen vorhandenen Schankwirtschaften im Jahre 1925 noch 372 Fälle von Bewilligung neuer Konzessionen.

Genosse Sollmann verlangte von der Regierung zunächst einmal die Vorlage eines Entwurfs eines Gemeindebestimmungsrechtes. Die dieser Entwurf dann im einzelnen auszugestaltet sei, wäre Sache des Parlaments. Diejenigen, die es dahin treiben, daß der erste gesetzgeberische Entwurf zu einem Gemeindebestimmungsrecht im Keime erstickt werde, würden damit eine Verantwortung übernehmen, die sie nicht tragen können.

Er legte einen von ihm stammenden Entwurf über die angelegten Fragen vor, der wie folgt lautet:

Auf Verlangen von einem Fünftel der zur Gemeindegemeinschaft berechtigten Mitglieder einer Gemeinde, in der mehr als eine Schankstätte vorhanden ist, oder eines Gemeindebezirks, in dem mehr als eine Schankstätte vorhanden ist, ist in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk darüber abzustimmen, ob in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk

1. für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, erteilt werden darf oder nicht;
2. die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, im Falle des Bestehens erneuert werden darf oder nicht, solange mehr als eine Schankstätte auf 300 Gemeindeglieder in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk entfällt;
3. das Ausschänken und Verabfolgen von Branntwein a) nur im Kleinhandel oder b) nur in Gast- und Schankwirtschaften oder c) in Gast- und Schankwirtschaften und im Kleinhandel verboten werden soll;
4. die Polizeistunde weiteren Einschränkungen als den behördlich angeordneten unterworfen werden soll.

Für die Deutschnationalen gab Abg. Schulz-Bromberg eine kurze Erklärung ab, daß seine Freunde Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Alkoholismus und Maßnahmen für Verringerung des Konsums — besonders bei Schnapswirtschaften — einmütig unterstützen würden, daß dagegen eine Mehrheit seiner Fraktion der Ansicht sei, das G.B.R. würde nicht zu einer Eindämmung des Alkoholismus führen, sondern nur unaufhörlichen Streit in die Gemeinden hineintragen.

Für das G.B.R. sprach der deutschnationale Abg. Dr. Mumm, der sich insbesondere gegen die leidenschaftliche und würdelose Art wandte, mit der die Gegner des G.B.R. ihren Kampf führen. Sein Fraktionsgenosse Bubahn sprach sich ebenso energisch gegen das G.B.R. aus und betonte vor allem, daß das Reich und mit allen Hilfsquellen verlorene Amerika bei einem Alkoholverbot wohl eine Umstellung der Betriebe vornehmen könnte, daß derartige aber in Deutschland unmöglich sei.

Der Zentrumsvizepräsident Andre wies darauf hin, daß der Konsum alkoholischer Getränke in Arbeiterkreisen durch die gewerkschaftliche Aufsichtsratsarbeit schon stark zurückgegangen sei und immer weiter zurückgehe. Man solle es bei dieser Aufsichtsratsarbeit belassen und nicht zu Zwangsmahnahmen greifen, die das Gegenteil von dem Gewünschten herbeiführen würden. Zu bedenken sei auch, daß das Gemeindebestimmungsrecht, einmal für das Schankstättengesetz eingeführt, auch auf andere Gebiete übergreifen würde und daß man damit jede geordnete Verwaltung gefährde.

## Auswärtiger Ausschuss.

### Umfangreiche Tagesordnung.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurde unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dnat.) zunächst die Beratung über die deutsch-russischen Vertragserörterungen zu Ende geführt. Die Erörterung diente in der Hauptsache der Erläuterung von Spezialfragen juristischer und politischer Natur, die sich aus dem deutsch-russischen Vertrag ergeben, und zu denen Reichsaußenminister Dr. Stresemann mehrfach das Wort ergriff.

Es folgte eine Aussprache über die Fragen, die mit der Balfour-Dezisions-Studienkommission in Zusammenhang stehen. Ein weitere Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit der künftigen Entwicklung dieser Materie befassen soll, blieb vorbehalten.

Kunmehr wandte sich der Ausschuss dem dritten Punkt seiner Tagesordnung, der Entwaffnungsfrage, zu. Die Sitzung dauert noch an.

Neue Anreden in Kalkutta. Die Zusammenkünfte zwischen Hindus und Mohammedanern wiederholten sich. Fünf Mohammedaner und ein Hindu wurden erschoten. Zwei Personen, die bei den gestrigen Zusammenkünften verhandelt worden waren, sind heute gestorben. Alle Bäden des indischen Geschäftsviertels sind geschlossen. 38 Personen, meist Mohammedaner, wurden verhaftet.

## Einheitschule.

Die große Konditorei im Zentrum ist sehr besucht. In einem Tisch, dicht am Eingang, unterhalten sich zwei Damen äußerst lebhaft, auf einem Stuhl ihnen gegenüber sitzt ein kleiner, junger Mann, mit blühenden, roten Wangen, der in der Schlaghahn herummanövriert und sich bereits das Gesicht mit Schokoladentorte beschmiert hat. „So, er wird in diesem Monat sechs Jahre“, sagt stolz die jüngere Dame. „Wir haben nur Freude mit ihm, so ein gutes, braves Kind!“ Der Kleine ist von seinem Stuhl heruntergerückt und sieht strahlend seine Mutter an, mit seinen Händchen umfaßt er ihr Kleid und läßt deutliche Spuren von Schlaghahn zurück. „Die süß“, staunt die andere Dame. „Er ist sehr gut erzogen. Gott sei Dank, daß wir in Dahlem draußen wohnen. Mein Mann will nicht, daß er mit anderen Kindern oft zusammenkommt, er kann von ihnen nur Schlimmes lernen. Wir haben deswegen auch einen älteren, kinderlosen Portier angestellt. Wissen Sie, gnädige Frau, diese Portierkinder sind schrecklich. Günstigen soll sie überhaupt nicht kennen lernen.“ Man vertieft sich in die Schlichtigkeiten der augenblicklichen Zustände. Beide Damen schwärmen von der Vergangenheit und sind von Klassenstolz geschwellt. Günstigen hat sich inzwischen mit Schokolade begossen und lenkt deshalb die Aufmerksamkeit der beiden Damen wieder auf sich. Die Mutter versucht, böse zu werden, doch Günstigen's glückliches Lachen zerstört dieses Unternehmen. „Aber er muß doch in die Schule gehen!“ legt die andere Dame von neuem ein. „Nein, wir lassen ihn durch einen Privatlehrer erziehen.“ Fragender Blick. — „Ach, das ist ganz einfach, wir haben einen befreundeten, hier sehr bekannten Arzt, und der hat es durchgesehen, daß Günstigen befreit wurde. So ein zartes, schwächliches Kindchen. Jährlich streicht sie ihren in Gesundheit blühenden Sprößling. Niemals hätte mein Mann zugegeben, daß Günstigen die Einheitschule besucht. Was kann er denn da lernen? Alle unsere Bemühungen wären zerstört. Wir wollen unseren Sohn in altem Geiste erziehen. Und dann die anderen Kinder ohne Kinderstube, mit schlechten Manieren, sie würden den lieben Kerl vollständig verderben.“ Günstigen ist während dieser Unterhaltung damit beschäftigt, mit dem Zeigefinger das Innere seiner Nase zu erforschen.

## Der Spiritweber-Prozess.

### Ich bin nun einmal Inspektor und stelle meine Bedingungen.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung ging es teilweise sehr anregend zu. Viel Nähe bereitete den Parteien und dem Vorsitzenden der Zeuge Philipp, der ja bekanntlich zuerst, wie er von sich behauptete, auf Peters' Zureden eine G. m. b. H. zwecks Verwertung billig gelieferter Sprits ins Leben zu rufen beabsichtigte, hinterher aber, als aus dem Unternehmen nichts wurde, neben verschiedenen anderen Darlehen auch ein solches von 5000 M. von Peters verlangte. Für seine Dienste bei der Aufdeckung der Schieberaffäre Peters-Weber erhielt er von der Monopolverwaltung 5600 Mark Belohnung.

Die Verteidigung zweifelt seine Glaubwürdigkeit an. Sie behauptet, daß Philipp das Monopolamt aus eigennützigen Gründen falsch unterrichtet habe. Er sei es auch gewesen, der durch einen Artikel in einem Montagsblatt den Stein ins Rollen gebracht hat. Um seine Aussage zu erschüttern, werden eine Reihe von Beweisen vorgebracht, u. a. auch der, Philipps Militärdienste herbeizuschaffen, aus denen Geisteskrankheit zu ersehen sei. Rechtsanwalt Dr. Jaffé erklärte, daß er den Beweis erbringen wolle, daß die Finanzämter große Summen an die übelsten Personen verschwendet, und daß dort ein System herrsche, wie man es früher nur im dunkelsten Rußland kannte. Der Vorsitzende wies diese Vorwürfe zurück, worauf der Verteidiger die Ladung des Reichsfinanzministers Reinhold als Sachverständigen beantragte. Regierungsrat Klockow berichtete über Philipps Besuch im Reichsmonopolamt. Er wollte durchaus den Präsidenten Steinlopp unter vier Augen sprechen, da, wie er sagte, er gegen jeden Beamten des Monopolamtes den Verdacht der Bestechung habe. Da aber Philipp wenig vertrauenswürdig schien und gegen ihn auch ein Verfahren wegen Monopolsteuerhinterziehung schwebte, wurde ihm diese Unterredung nicht gewährt. Interessant gestaltete sich auch die Erörterung der Spritzbezüge und Spiritverkäufe des Simke-Konzerns. Kriminalkommissar Peters war es, der auf die Witte seines Regimentskameraden Pfund Simke mit dem Oberpostdirektor Reinicke zusammenführte, gegen den übrigens auch ein Verfahren schwebt. Dieser erklärte, daß er an Spritzbezüge beteiligt sein wolle, falls der Bericht über den Konzern günstig wäre. Andere Firmen täten das Gleiche. Peters soll dagegen eingewandt haben, daß sich das nicht immer so machen ließe, es wäre doch besser, gleich einen bestimmten Geldbetrag zu bewilligen. So hatte Simke vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt. Jetzt bestreitet er diesen Ausspruch Peters'. Jedenfalls hat Reinicke, der zuerst 80 Pf. pro Liter haben wollte, sich schließlich mit 20 Pf. zufrieden gegeben. Peters sollte prozentual beteiligt werden. Er gibt auch selbst zu, daß er zwar nur im Scherz dazwischen gerufen habe: „Machen Sie es doch mit 20 Pf. pro Liter!“ Eine Beteiligung seinerseits bestritt Peters. Gleich Simke nahm auch der Zeuge Kaufmann Hamacher, seine Peters befallenden Aussagen zurück. In der Voruntersuchung hatte er behauptet, daß Peters bei der Verabredung über Beteiligung Reinickes an den Spritzlieferungen dabei gewesen sei. Jetzt bestritt er dies, gab aber zu, gehört zu haben, daß Peters am Simke-Konzern mit Aktien beteiligt gewesen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm auch mitgeteilt worden sei, daß auch andere Personen mitbeteiligt werden sollten, verweigerte der Angeklagte die Aussage, da es ein anderes Strafverfahren beim Landgericht II betrifft, in dem er selbst nicht angeklagt ist. Interessant war auch die Äußerung Reinickes, die er bei seinem Zusammentreffen mit Simke gemacht haben soll. Als dieser ihn darauf aufmerksam machte, daß er ja pflichtgemäß einen wahrheitsgetreuen Bericht zu erstatten hätte, meinte er: „Ich bin nun einmal der Inspektor vom Hauptpostamt Bankow und stelle die Bedingungen, wie ich will.“ Die Fortsetzung der Verhandlung findet heute morgen um 9 Uhr statt.

## „Adam“ und „Eva“ am Flakensee.

### Ein verhindertes Selbstmord.

Ein paradiesisches Pärchen sahden Spaziergänger gestern nachmittag im Walde zwischen Erkner und Woltersdorf am Flakensee. Sie machten einen Landjäger darauf aufmerksam, und dieser kam gerade noch zur rechten Zeit, um das Paar vor dem beabsichtigten Selbstmord zu bewahren.

Bei der Polizei war unterdessen die Anzeige eingelaufen, daß eine Frau Gertrud F. aus der Türkenstraße in Berlin N. vermißt werde. Es ergab sich, daß die „Eva“ diese Frau F. war. Sie unterhielt seit längerer Zeit hinter dem Rücken ihres Mannes ein Liebesverhältnis mit einem Konditor Hans B. aus der Hardenbergstraße in Charlottenburg, der ebenfalls verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist. Die Verliebten, die keine Aussicht hatten, sich dauernd angehören zu können, beschloßen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden und zu diesem Zweck in den Flakensee zu gehen. Am Sonntag verließen sie heimlich ihre Wohnungen, trafen sich in Berlin und fuhren nach Erkner hinaus. Erst gestern beschloßen sie, ihren Plan auszuführen. Um sich Mut anzutrinken, nahmen sie eine Flasche Wisky in den Wald mit. Während sie sie langsam leerten, entleierten sie sich am Ufer. Um nun auch wirklich bei ihrem Vorhaben zu bleiben, wollten sie „jede Braude hinter sich abbrechen“ und warfen deshalb ihre ganze Kleidung ins Wasser, auf dem sie unter dem Wisky bald abtrieb. So

war alles vorbereitet, als im letzten Augenblick der Landjäger den Plan doch noch durchkreuzte. Die beiden Lebensmüden wurden in notdürftigen Hülsen, die man rasch herbeibrachte, nach Erkner gebracht und in Schutzhütten genommen. Sie mußten im Gewehrarm warten, bis von Berlin her andere Kleidung eintraf. Inzwischen war auch B. von seiner Frau der Polizei als vermißt gemeldet worden.

## Schweres Bauunglück in der Georgenkirchstraße.

### Dier Arbeiter schwer verletzt.

Heute vormittag gegen 10 Uhr ereignete sich im Hause Georgenkirchstraße 31, in dessen vierten Stockwerk Bauarbeiten ausgeführt werden, ein Mauerereignis, bei dem vier Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden.

In dem genannten Hause befinden sich die Kunstwerke von Lindberg u. Co., die auf dem Dach Bauarbeiten ausführen lassen. Aus bisher noch ungeklärter Ursache stürzte plötzlich die 12 Meter lange und 3 Meter hohe Brandmauer ein und begrub vier Bauarbeiter, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, unter sich. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert, die die Bergung der Verletzten vornahm und vier Berlegte nach der nahegelegenen Rettungsstelle in der Landobener Straße schaffte. Die Berunglückten erhielten hier erste Hilfe. Die Namen der Verletzten sind: Bauarbeiter Otto Bergers, Reibelstraße 10 (Kopf- und Armoerlegungen); Maurer Franz Bräuner, Greifswalder Str. 49 (Arm-, Bein- und Kopfverletzungen); Maurer Hermann Ulrich, Maternstr. 1 (Kopf-, Oberschenkel- und Rippenverletzungen); Maurer Martin Leppin, Wilhelmshavener Straße 8 (Hüft-, Arm- und Fußverletzungen). Die Ursachen des Einsturzes sind bisher noch nicht geklärt. Eine Untersuchungskommission weißt zurzeit an der Unfallstelle.

## Die Stadt Berlin auf der Anklagebank.

### 2.50 Mark Strafe beantragt.

Oberbürgermeister Böck und Stadtrat Wege waren heute wiederum vor Gericht zitiert, um sich als Angeklagte zu verantworten. Die strafbare Handlung, die den beiden Angeklagten als Mitglieder des Berliner Magistrats zur Last gelegt wurde, betraf immer noch ein Vergehen gegen das Postgesetz. Das Schöffengericht hatte einen Freispruch gefällt, nachdem der Staatsanwalt gegen jeden der beiden Angeklagten 3 Mark Geldstrafe beantragt hatte. Die Oberpostdirektion Berlin hat sich jedoch mit dem Urteil nicht begnügt und diese „große Affäre“, die zu der Unhäufung eines riesigen Altematerials geführt hat, und durch die ein großer Aufwand von Arbeitskräften auf beiden Seiten getrieben worden ist, zur Entscheidung vor die Berufungsinstanz des Landgerichts I gebracht. Infolgedessen mußten sich heute fünf Richter und Schöffen mit diesem Fall nochmals in einer Tagessache beschäftigen. Oberbürgermeister Böck war vom Erscheinen entbunden und gestern kommissarisch vernommen worden. Von den beiden Angeklagten war nur Stadtrat Wege anwesend, der sehr entschieden dem Standpunkt der Stadt Berlin vertrat. Den Gegenstand der Anklage bildete die Hauptverteilungsstelle, die die Stadt Berlin unter Leitung des Stadtspektors Herbst eingerichtet hat und die zur beschleunigten Vermittlung zwischen den einzelnen Dienststellen des Magistrats untereinander dient. Die Post vertritt den Standpunkt, daß die Bezirksämter und einige Dienststellen selbständige Behörden seien, und daß damit gegen § 2 und 2a des Postgesetzes verstoßen werde.

Stadtrat Wege bestritt die Zuständigkeit der Strafkammer, da es sich um ein Verwaltungsstreitverfahren handele. Der Vertreter der Oberpostdirektion erklärte, daß es sich für die Post um eine Lappalie, sondern um eine sehr wichtige grundsätzliche Sache handele. Was die Stadt Berlin beanspruche, könne dann auch jedes große Privatunternehmen beanspruchen. Die Post würde dann einen unermesslichen Schaden erleiden. Der Staatsanwalt betonte, daß es weniger auf das Strafmaß, als auf das Prinzip ankomme. Er beantragte gegen Oberbürgermeister Böck und gegen Stadtrat Wege je 2,50 M. Strafe wegen Vergehens gegen das Postgesetz.

## Ein Berliner Verbrecher in Jansbrunn verhaftet.

Als Mörder eines Berliner Schupo-Wachmeisters wurde ein Jüweleneinbrecher entlarvt, der in Jansbrunn auf frischer Tat überfaßt und festgenommen wurde. Es ist der aus dem Juchhaus in Brandenburg entsprungene 21 Jahre alte Bureauale Kurt Goldbach.

In der Nacht vom 8. Februar 1923 stieß der Schupo-Wachmeister Billy Steiner in der Dranienstraße auf zwei Männer, die einen Hausjäger verunreinigten. Als er sie zur Wache bringen wollte, schossen sie ihn nieder. Einen Privatwächter, der die Mörder verfolgte, hielten sich die Verbrecher mit Revolverkugeln vom Weibe. In der Nacht zum 16. Februar wurden dieselben beiden Männer in einem Hause in der Boppstraße bei einem Einbruch gefaßt. Sie ergriffen die Flucht und schossen wieder auf die Verfolger. Als ihnen auf dem Hofsteilaußenplatz ein Schupo-Wachmeister entgegentrat, verletzten sie ihn schwer durch einen Schuß in den Arm. Der Beamte konnte trotzdem noch zur Wache greifen und brachte einem der beiden Verhafteten einen Oberknieerschlag bei. Am nächsten Morgen wurden die Verbrecher in der Wohnung eines ihnen bekannten Einbrechers ermittelt und festgenommen. Es waren Kurt Goldbach und ein gewisser Hans Hante. Beide wurden zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt und zur Verbüßung ihrer Strafe nach Brandenburg a. d. H. gebracht. Hier gelang es Goldbach, am 4. November 1925 mit einem polnischen Schlichter Josef Koppel zu entfliehen. Koppel wurde sehr schnell in Berlin gefaßt und wieder nach Brandenburg zurückgebracht. Goldbach hingegen blieb verschunden. Vor 14 Tagen wurde nun in Jansbrunn bei einem Jüweleneinbruch ein Mann festgenommen, der sich „Schauspieler Soberen“ nannte. Er versuchte, aus dem Landgerichtsgefängnis auszubrechen, sein Unternehmen mißlang jedoch. Dieser angebliche „Soberen“ ist jetzt also der aus Brandenburg entsprungene Mörder Kurt Goldbach festgestellt worden.

Auf dem Eisenbahnanschlusse. Beim Anbringen einer Antenne in der Rennbahnstraße in Weiskensee stürzte der 36jährige Arbeiter Karl Orak, wohnhaft Weidenweg 22, aus 10 Meter Höhe von einem Baum herab. Unfallschermelle fiel er auf die Spitze eines eisernen Jannes, die ihm in den Körper drang. Der Schwerverletzte fand im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weiskensee Aufnahme.

Opfer der eigenen Kaserne. Infolge zu schneller Fahrens fuhr in der Nacht zum Dienstag der Chauffeur Franz Koller aus der Eisenbahnstraße 17 mit seiner Kraftmaschine, über die er die Gewalt verloren hatte, gegen einen Stachendraht. Er wurde vom Stachendraht getroffen und zwischen Motor und Radweg eingeklemmt. Der Fahrgast, ein Kaufmann Plagwohl aus der Sophienstraße 5, wurde gleichfalls erheblich verletzt. Beide fanden im Moabit-Krankenhaus Aufnahme, wo sie bedenklich daniederliegen.

Schweres Verkehrsunfall in Korkorsten. Aus Melbourne wird gemeldet: In der Nähe von Korkorsten stieß ein Eisenbahnzug mit einem Autobus zusammen, wobei 10 Personen getötet und 14 verletzt wurden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

18. Kreis Weiskensee. Achtung! Der Posttag des Kreisamtes Weiskensee über: Weiskensee- und Jugendfragen — findet nicht heute Dienstag, sondern erst morgen, Mittwoch, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr bei Götze statt.
104. Weiskensee. Die Weiskensee des Bildungsausschusses und die Weiskensee werden einmütig, sich heute Dienstag zwischen 7 und 8 Uhr abends bei Thiele, Berliner Str. 25, die Plätze für die Kasse abholen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Betriebsratwahlen im Siemens-Konzern. Erfolg der freien Gewerkschaften.

Runmehr sind die Wahlen in den Betriebsräten im Siemens-Konzern beendet. Es steht nur noch die Wahl des Gesamtbetriebsrates aus, die im Mai erfolgen wird. Das Gesamtergebnis sieht folgendermaßen aus:

Es wurden Arbeiterräte insgesamt gewählt 148 (im Vorjahre 164) und Ersatzleute 37 (40). Davon sind freigewerkschaftlich organisiert 122 (122) und Ersatzleute 30 (29); Gelbe 6 (7), Ersatzleute 1 (1); Unorganisierte 13 (27), Ersatzleute 4 (7); Unionisten 5 (8), Ersatzleute 2 (3).

Bei den Angestellten ist das Ergebnis folgendes: Gewählt sind insgesamt 71 (71) Angestelltenräte und 73 (64) Ersatzleute. Davon sind freigewerkschaftlich organisiert 35 (35), Ersatzleute 37 (29); in bürokratischen Organisationen organisiert sind 18 (18) Angestelltenräte und 22 (21) Ersatzleute; unorganisiert sind 15 (18) Angestelltenräte und 13 (14) Ersatzleute.

Sowohl bei den Arbeitern wie bei den Angestellten ist ein Rückschritt der Gelben, der Unorganisierten und der Unionisten und bürokratischen Harmonisierer zu beobachten, während gleichzeitig zahlenmäßig wie verhältnismäßig der Einfluß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte gewachsen ist. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als gerade im Siemens-Konzern nichts verstimmt wurde, um die Gelben und Sozialdemokraten zu fördern und die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten und Arbeiter zu verdrängen.

Trotz dieses von oben systematisch ausgeübten Drucks haben die Angestellten und Arbeiter des Siemens-Konzerns den Beweis erbracht, daß sie sich vor diesem Druck nicht beugen und gerade in den freien Gewerkschaften den besten Schutz und die beste Sicherheit erblicken. Wir wollen hoffen, daß diejenigen, die wohl für die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte aus guten Gründen gestimmt haben, aber den Weg zur freigewerkschaftlichen Organisation noch nicht oder noch nicht wieder gefunden haben, nunmehr auch die Konsequenzen aus ihrer Überzeugung ziehen werden. Nur so wird es auch möglich sein, daß dieses erfreuliche Ergebnis der Betriebsratwahlen im Siemens-Konzern auch alle Früchte trägt.

## Tariffkonflikt bei der „Mitropa“.

Die Direktion der „Mitropa“ (Mittel-europäische Schlaf- und Speisewagen-Ges.) hatte im Herbst vergangenen Jahres den seit dem 1. Januar 1922 bestehenden Tarifvertrag zum Jahresabschluss gelündigt. Infolge besonderer Ereignisse bei der Mitropa wurde der Tarif dann bis zum 1. April und dann noch einmal bis zum 15. April verlängert. Als es nun endlich am 14. April zu Verhandlungen kam, präsentierte die Direktion der Mitropa den beiden Tarifkontrahenten auf Arbeitnehmerseite (Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und Deutscher Verkehrsband) zwei neue Tarifentwürfe, womit nicht mehr und nicht weniger bezweckt werden sollte, als mit jedem der beiden Arbeitnehmerverbände in Zukunft nur noch gesonderte Tarifverträge abzuschließen. Den Deutschen Verkehrsband will man sogar, soweit die zentrale Lohnregelung für seine Mitglieder in Betracht kommt, ganz ausschalten. Die Entlohnung der beim Deutschen Verkehrsband organisierten Arbeitnehmer soll nach dem Willen der Direktion der Mitropa künftig nach den örtlichen im Lebensmittelgroßhandel üblichen Sätzen erfolgen.

Ferner verlangte die Direktion der Mitropa in ihren Tarifentwürfen einen ganz erheblichen Abbau des Urlaubs und der für die Zahlung eines Zuschusses zum Krankengeld bisher in Frage kommenden Zeit. Während die Arbeitnehmer z. B. nach dem bisher bestehenden Tarif nach einer Dienstzeit von 12 Monaten einen Urlaub von 10 Arbeitstagen zu beanspruchen hatten, sollen sie in Zukunft nur noch drei Kalendertage nach dem ersten Dienstjahre erhalten. Die Höchstdauer des Urlaubs, die bisher nach einer Dienstzeit von acht Jahren 24 Arbeitstage betrug, soll jetzt nach einer Dienstzeit von 15 Jahren auf 15 Kalendertage festgelegt werden. Kriegsbeerdienst soll in Zukunft nicht mehr auf die Dienstzeit angerechnet werden.

Der Zuschuß zum Krankengeld, der bisher nach einer Dienstzeit von drei Monaten auf 14 Tage bis zu 84 Tagen nach einer Dienstzeit von fünf Jahren bemessen war, soll rundweg um die Hälfte abgebaut werden.

Zu dem Verhandlungsergebnis nahmen die Arbeitnehmer der Mitropa, Abteilung Berlin, am 21. und 22. April in zwei großen überfüllten Versammlungen Stellung. Nach Berichterstattung durch den Kollegen Salte vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Kollegen Römer vom Deutschen Verkehrsband sowie nach eingehender Debatte, wobei die Empörung der Arbeitnehmer über das von der Mitropa-Gesellschaft geplante Vorgehen auf ihre bisherigen Rechte deutlich zum Ausdruck kam, wurde eine Entschließung einklagung angenommen, wonach die im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und Deutschen Verkehrsband organisierten gewerblichen Arbeitnehmer der Mitropa (Mittel-europäische Schlaf- und Speisewagen-Aktiengesellschaft), Abteilung Berlin, mit Entrüstung von der Ablicht der Mitropa-Direktion, das bisherige Tarifverhältnis zwischen den zwei beteiligten Gewerkschaften zu zerlegen und eine Reihe der sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages zu verschlechtern, Kenntnis genommen haben.

Ferner fordern die Versammelten in bezug auf die Arbeitszeit die Wiederherstellung des Zustandes wie er vor dem im Februar 1924 gefällten Schiedsspruch bestanden hat sowie eine Erhöhung des Gehaltes der Schaffner um 25 Pf. je Monat und für die übrigen Arbeitnehmer eine Erhöhung des Wochenlohnes um 10 Proz.

## Die Unternehmer verteidigen den Gewerberat Körner.

Unter dem Titel „Eine Verächtlichung“ veröffentlicht die Tageszeitung in Nr. 92 einen Artikel gegen die Notiz im „Vorwärts“ vom 17. April, der den Schiedsspruch in der Berliner Damenwäschereindustrie kritisch bespricht. Der Kern des Artikels ist in folgenden Worten zu fassen: „Man mag über diese Einrichtung (den Schlichtungsausschuß) denken, wie man will — solange sie besteht, sollte man ihr den Respekt und das Vertrauen zu ihrer

Objektivität nicht verlagern.“ Da der „Vorwärts“ sich jedoch erlaubt, diesmal eine Kritik zu üben, zu der er glaubt, volle Berechtigung zu haben, so spricht der Artikel von einer „Vergiftung der öffentlichen Meinung“.

Man muß schon zugeben, an Mut fehlt es dem Schreiber nicht. Soll bei den Lesern der Zeitung der Anschein erweckt werden, als ob die Respektierung und vor allen Dingen das Vertrauen zur Objektivität bei den Unternehmern immer noch vorhanden war?

Daß der Schreiber auch über alle früheren Vorgänge informiert ist, geht aus dem Artikel und insbesondere aus folgendem Satz hervor: „Die Arbeitgeber haben fast ausschließlich jahrelang der Praxis mancher Schlichtungsausschüsse gegenübergestanden, die ihre Weisheit darin erschöpften, zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und den Forderungen der Arbeitnehmer ihre Entscheidung auf der Mitte zu treffen, statt zu prüfen, ob die wirtschaftliche Lage der betreffenden Industrie eine höhere oder niedrigere Lohnhöhe rechtfertigt.“

Dieser Satz ist, um mit den Worten des Schreibers zu sprechen, schon eine Respektlosigkeit und zeugt davon, daß das Vertrauen zur Objektivität nur dann vorhanden ist und auch zum Ausdruck gebracht wird, wenn den Wünschen der Arbeitgeber entsprochen wird. Oder sollte dieses Kopfschütteln eine Vertrauensumgebung bedeuten?

Allerdings hat es auch schon früher Personen gegeben, die gesellschaftlichen Institutionen vorgestanden haben und nach Ansicht der Unternehmer objektiv gewesen sind. Einer davon ist jetzt Syndikus im B.M.A.

Die „Notlage“ der Industrie kommt eben gerade daher, daß man den ganz und gar unzulänglichen Spitzenlöhnen beim Zuschneider von 40 M., bei der Näherin von 25,55 M. glaubt, noch 9,2 Proz. abziehen zu müssen. Das geschieht wohl, um die Kaufkraft der breiten Masse, die vollkommen ausgehöhlt ist und mit deren Schicksal die Bekleidungsindustrie auf Gedeih und Verderb verbunden ist, zu heben? Wenn man derart die Notlage der Industrie zu beheben sucht, dann ist ihr überhaupt nicht mehr zu helfen.

## Neuer Affordtarif für Maurer.

Die im Baugewerkbund sowie im Verband der Affordmurer organisierten Berliner Affordmurer haben zu dem Verhandlungsergebnis über den Neuabschluss des Affordtarifs in überfüllten Versammlungen am Sonntag und Montag Stellung genommen. In beiden Versammlungen wurde gegen wenige Stimmen der neue Affordtarif angenommen mit Ausnahme des Angebots der Unternehmer für Verdienstarbeiten. Dieses Angebot wurde wegen seiner Unzulänglichkeit einstimmig abgelehnt. Da auch die Unternehmer zugestimmt haben, gilt ab 1. Mai bis 31. März 1927 der neue Affordtarif, der mit einigen unwesentlichen Änderungen dem bisherigen entspricht. Das Verzeichnis der neuen Preise ist bei beiden Organisationen unentgeltlich zu erhalten.

## „Revolutionäre Demagogen.“

Der Vorsitzende des Betriebsrats für Direktionsbüros bei der Reichsbahndirektion Berlin, Herrmann, schickt uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung, zu der er weder berechtigt noch beauftragt ist. Diese sonderbare Berichtigung richtet sich gegen die Notiz, die in Nr. 181 des „Vorwärts“ unter der Überschrift „Revolutionäre Demagogen“ erschienen ist und mit den Methoden der Leute vom Industrieverband für das Verheerungsgewerbe ins Gericht ging.

Wenn nun Herrmann erklärt, es gäbe keinen besonderen Betriebsrat der Steinbruderei, so ist das ein Spiel mit Worten. Bei den von uns geschickten Vorgängen handelt es sich um die Betriebsräte des Industrieverbandes, die in der Steinbruderei beschäftigt sind. Herrmann gibt zu, daß er die Werbung des Schulze der Reichsbahndirektion weitergegeben habe, angeblich um Korruptionsfälle wie in Frankfurt a. d. O. zu verhindern. Hinterher behauptet er aber, daß er derartige Demagogen nicht bezogen habe, sondern daß diese von dem freigewerkschaftlich organisierten Betriebsrat St. ausgegangen seien. Natürlich weiß Herrmann ganz genau, daß St., nachdem man die Werbung erfolgt war, den ihm bekannten Vorgang zu Protokoll geben mußte. Die Entlassungen, die infolge dieser Vorgänge vorgenommen wurden, erfolgten wegen dieser falschen Angaben und Beschuldigungen.

## Die Krise im englischen Kohlenbergbau. Die Einigungsvorläufe des Ministerpräsidenten.

London, 27. April. (W.T.B.) Die Krise im Kohlenbergbau ist gestern in eine neue Phase eingetreten. Baldwin empfing gestern mittag den industriellen Ausschuß des Gewerkschaftstongresses, um seine Vorschläge zur Erzielung einer Regelung entgegenzunehmen. Den Vätern zufolge ist dieser Zusammenkunft große Bedeutung beigemessen. Die Grubenbesitzer wurden eingeladen, sofort nach Beendigung der Budgetrede Churchills im Unterhaus zu erscheinen. Der Vollzugsausschuß der Bergleute, der gestern mittag eine Sitzung abhielt, wird abends mit dem Ausschuß des Gewerkschaftstongresses im Unterhaus zusammenkommen.

Baldwin wird mit den Grubenbesitzern heute verhandeln. Gestern spät abends wurde gemeldet, daß der industrielle Ausschuß des Gewerkschaftstongresses Baldwin die Frage einer Fortsetzung der Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne auf nationaler statt distriktsweiser Grundlage vorlegte. Baldwin machte dem industriellen Ausschuß die Mitteilung, daß die Grubenbesitzer über einige Gesichtspunkte berieten, die nicht von ihm stammten.

## Betriebsratwählerfolg im Kölner Bezirk.

Köln, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebsratwahlen im Kölner Bezirk wirkten sich, je mehr die Wahlen von den einzelnen Betrieben einlaufen, zu einem immer stärker werdenden Erfolg der freien Gewerkschaften aus. Am Montag fanden die Wahlen bei den Köln-Bonner Kleinbahnen statt. Auch diese Wahl brachte einen glänzenden Erfolg für die freigewerkschaftliche Liste. Nach dem Wahlergebnis setzt sich der Arbeiterrat aus acht freien und zwei christlichen Gewerkschaftlern zusammen. Die Christen verloren einen Sitz. Im Angestelltenrat übertrug der Deutsche Verkehrsband zwei weitere Mandate, die ebenfalls den Christen verloren gingen.

# Wirtschaft

## Eine interessante Kartellentscheidung.

Ein Kartellangehöriger hatte seinen Austritt aus seinem Kartell damit begründet, daß die Durchführung der Verbandspreise durch Unterbietung der Mitglieder unmöglich gemacht würde, und zwar hatten sich 40 Proz. der Mitglieder an solchen Verträgen beteiligt. Trotz seiner Beschwerden sei nicht eingeschritten worden. Infolgedessen habe sich sein Umsatz um 50 Proz. vermindert. Der Kartellverband erkannte dies als Austrittsgrund nicht an und machte geltend, daß die behauptete Abschädigung nicht nachprüfbar sei, daß Verträge gegen die Verbandspreispolitik in dem behaupteten Umfang nicht vorlägen und daß Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten eingeleitet seien. Das Kartellgericht hat die Austrittserklärung für berechtigt erklärt. Nach den getroffenen Feststellungen seien die fortgesetzten Unterbietungen und Verträge gegen die Preisfestlegung des Verbandes und die hieraus für die verbandstreuen Mitglieder erwachsenden schweren wirtschaftlichen Schädigungen als erwiesen zu erachten. Weiterhin steht fest, daß die Geschäftsführung auf diese Mißstände von dem Mitglied aufmerksam gemacht worden sei.

Diese Entscheidung des Kartellgerichts ist beachtlich, weil sie zeigt, daß sich die Kartellgerichte doch dann und wann mit Erfolge bemühen, im Sinne des Preisabbaus den Auswüchsen des Kartellwesens zu steuern.

Annulierung von russischen Auslandsaufträgen. Wie gemeldet wird, hat Rußland 60 Proz. der im Jahre 1925 nach Schweden vergebenen Aufträge als ein Zeichen der ersten Lage ansehen müssen, in der sich die russische Finanz- und Wirtschaftspolitik infolge der zunehmenden Erschütterung der Tscherwonetzährung befindet. Die Bemühungen der letzten drei Monate, durch Einschränkung des Geldumlaufs den Tscherwonetz zu stützen, blieben bisher ohne Erfolg. Wie berichtet wird, ist die Kaufkraft des Tscherwonetz (1 Tscherwonetz = 10 Goldrubel) bis zum 1. März auf 4,29 Vorkriegsrubel gesunken. Die alte Zehnrubelgoldmünze steht weit über Parität; für die Zehnrubelgoldmünze werden 13—16 Tscherwonetzrubel gezahlt. Die Anstrengungen, den Tscherwonetz zu stützen, haben naturgemäß zu einer bedeutenden Verschärfung der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit geführt, die besonders durch die Einschränkung der Subventionen für die Staatsindustrie vergrößert wurde. Offenbar erwartet Rußland von der Einschränkung der im letzten Jahr mit allen Mitteln forcierten Wareneinfuhr zur Industrialisierung Rußlands günstige Wirkungen für den Kurs des Tscherwonetz. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitteilung aus Moskau interessant, wonach die Sowjetregierung ein neues Gesetz über die Zulassung des Privatkapitals in der staatlichen Industrie ausarbeitet. Diese Zulassung wäre zweifellos ein Mittel, die eingeschränkte Tätigkeit der Staatsindustrie wieder zu erweitern, allerdings auf Kosten des Prinzips der Staatlichkeit der Industriewirtschaft.

Russische Kreditwünsche in Paris. Die russischen Vorschläge für die Regulierung der Vorkriegsschulden an Frankreich sollen, wie der Oesterreicher meldet, bei der französischen Delegation auf der russisch-französischen Wirtschaftskonferenz in Paris wenig Anklang gefunden haben. Russischerseits wird nunmehr versucht, mit französischen Bank- und Industriegruppen in der Kreditfrage unmittelbar in Verbindung zu treten. Die Russen wollen Warenkredite auf 6 bis 18 Monate im Gesamtbetrag von 70 Millionen Dollar aufnehmen, wobei sie bereit sein sollen, einen Teil dieser Kredite durch die Deponierung von 30 Millionen Dollar in französischen Banken sicherzustellen. Diese Kredite sollen durch Naphtha, Flachs, Getreide, Holz und andere Exportwaren in den Ausfuhrkampagnen 1926 und 1927 abgedeckt werden.

## Aus der Partei.

Genosse Johannes Scherm vollendete am Sonntag sein 75. Lebensjahr. Seit seinen Jugendjahren steht er im Vordertreffen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Gemeinsam mit Grillenberger hat er in Nürnberg und im Frankenalbe erfolgreiche Agitation für die Partei entfaltet, die er nach seiner Ueberiedlung nach Stuttgart dort fortsetzte. Frühzeitig organisierte er seine Berufsgenossen, die ihn als Redakteur ihres Verbandsorganes, der „Metallarbeiterzeitung“, beriefen. Diese hat er bis zu seinem Uebertritt in den Ruhestand vor wenigen Jahren geleitet. Seither ist Genosse Scherm an der Arbeit, um eine umfangreiche Geschichte der Metallarbeiterbewegung zu schreiben.

Der Bezirksparteitag in Zwickau nahm nach den Jahresberichten der Organisationsleitung ein politisches Referat des Genossen Leol entgegen. Weiter wurden die Beschlüsse der Bezirksvorstände in der Frage des Sachkonfliktes gebilligt, ebenso der Ausschluß der Landtagsabgeordneten Schnitz und Schurig. Zugestimmt wurde den Beschlüssen des Bezirksvorstandes und des Parteiaussschusses, mit allen organisatorischen Mitteln gegen irgendwelche Spaltungsvorläufe vorzugehen. Bei der Kandidatenaufstellung zum Landtage wurden an Stelle der Ausgeschlossenen die Genossen Gruppe-Zwickau und Kausch-Zwickau aufgestellt; die Kandidatensliste weist insgesamt 18 Genossen auf. Die im vorigen Jahre beschlossene Anstellung eines Parteisekretärs im Erzgebirge wurde organisatorisch als sehr lohnend bezeichnet, ein weiterer Sekretär soll im Unterbezirk Delsnig-Zuerbach angestellt werden. Zum Vorsitzenden des Bezirksvorstandes wurde Genosse Segewitz mit 209 von 211 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Der sozialdemokratische Oesterreicher Tiensburg begehrt am Sonntag, 27. Juni d. J., das Fest der 50jährigen Fahnenweihe. Die große Bedeutung, die der Weihe einer sozialdemokratischen Fahne 1876 zuzufügen, veranlaßt den Verein, diese Feier als großes Volksfest zu begeben und hierzu die Parteimitglieder auf beiden Seiten der Grenze einzuladen.

Verantwortlich für Inhalt: Richard Bernheim; Wirtschaft: Fritz Salernus; Gewerkschaftsbewegung: E. Steiner; Kultur: R. S. Steiner; Schulen und Sonstiges: Fritz Bernheim; Wissenschaft: E. Steiner; (ämtlich in Berlin). Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt West-German u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Auf Teilzahlung!**  
**Kinderwagen**  
Kleine Anzahlung! \* Bequeme Abzahlung!  
**CAMNITZER**  
Schönhauser Allee 82, I  
am Hochbahnhof Nordring

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. nat. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Eisässer Str. 36-38  
Fernsprecher: Nordend 6525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landwehrstr. 4. Tel.: Pfalzberg 9631  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 29-40 (Alexander  
Passage), Telephone: Königstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführz. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**BAD KUDOWA**  
heilt Herz u. Nerven  
wirkt  
bei Erholungsbedürftigen  
und Rekonvaleszenten  
**Wunder**  
Denken von 5 Mark möglich an.  
Dropselchen durch Reifebüros und Badenverwaltung.

**VOLKS-RADIO**  
HAUS  
Neanderstr. 1  
Ecke Köpenickerstr. Kein Laden!  
Verführung täglich bis 7 Uhr  
VERLEHNER 30 VERLEHNER-BESUCH

**Küchlein**  
roh emailliert  
USche Löffchen 42 M. 80 M.  
Bismarck 85 - 135  
Küchleinwahl roter, gelb-, lackiert, Elfenbein  
und elfenbein Elfen- und Elfenbein  
**Joseph Himmel**  
Lehringer Str. 22 (Schleiergasse Tor)

**Metallbetten**  
Stahlmattressen, Kinderbetten gleich u. höher  
Kat. 450 fr. Eisenmöbel-Fabrik Suhl Thür.

**Tapeten**  
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.  
Kleinstanzahl in allen Preislagen - herrliche Muster  
Tapeten für Puppenstuben - Linoleum u. Fußmatten  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
kur 1. Stage, links neben  
(Ringstr. daher Landwehrweg 1111.)  
Besichtigung täglich 9-12, 2-6, 8-10.